

Interessen vergeben und auf eine prahlende Zusammenarbeit hinstreben. Amerika habe die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig und unentbehrlich.

Niemand kann bestreiten, daß diese Rüstungen nicht nur die Folge, sondern auch die Ursache der gegenwärtigen politischen Unsicherheit sind. Niemand kann bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das amerikanische Volk betrachte die Fortdauer dieser Zustände als ein Verfolgen der Staatsmänner. Die Zeit sei vorbei, wo die Weltvölker dieses Verfolgen ruhig mit ansehen. Das Wettstreit und die Militärbündnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, seien nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern hätten im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte leiden. Das System der Antikriegsvereinigungen reduzierte die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf 1. die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern und 2. die Verteidigung der Landesgrenzen. Amerika habe von den Vorschlägen Tardieu und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen Allianzschluss geplant. Aber die amerikanische Regierung befürwortete folgende Punkte: 1. Zugrundelegung des Konventionsentwurfes als praktische Diskussionsbasis unter völkerlicher Bezeichnung, zusätzliche Vorschläge zu diskutieren. 2. Verlängerung der Lebensdauer der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs in den Stoffens. 3. proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in den Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beitreten sind. 4. Abschaffung der Unterseeboote. 5. möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen. 6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bacteriologischer Kriegsführung. 7. Beschränkung der Landesheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz. 8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen. 9. Begrenzung der Ausgaben für Material, damit nicht in der Qualität um die Wette gerüstet werde, wenn in der Quantität Begrenzung vereinbart ist.

Der Eindruck der Rede des Kanzlers

Genf, 9. Februar. Die Rede des Reichskanzlers auf der Abrüstungskonferenz ist das Ereignis des heutigen Tages. Sie hat einen außerordentlich starken Eindruck in allen Kreisen der Konferenz gemacht. Die Rede wurde von den großen Nachrichtenbüros teilweise in vollem Wortlaut aufgenommen und nach dem Auslande übermittelt. Der Andrang des Publikums war heute besonders stark. Schon lange vor Beginn der Sitzung waren die Publikumstrüben überfüllt. Die Reihen der Delegierten, die sich während der Übersetzung der Rede Gibbons etwas gesichtet hatten, füllten sich rasch, als in den Wandgängen Glöckenzeichen ankündigten, daß der deutsche Vertreter das Wort ergreifen werde. Die Tribünen der Diplomaten und Fachberater der Delegationen waren brechend voll. Kurz vor 11 Uhr stammt an der Stirnseite des Saales die Lüder auf, und der Präsident verkündete unter lautloser Stille der ganzen Versammlung: Das Wort hat Dr. Brünning, Kanzler des Deutschen Reiches. Als Dr. Brünning, der in der ersten Reihe seinen Platz hat, der Rednertribüne zueilte, wurde er von der Versammlung durch Händeschütteln stürmisch begrüßt. Es dauerte einige Minuten, bis der Kanzler das Wort ergreifen konnte. Allgemein wurde bemerkt, daß bis jetzt keinem Redner vor der Versammlung eine solche Ovation dargebracht wurde wie dem deutschen Kanzler. Wiederholte wurden die Ausführungen Dr. Brünings von der Versammlung mit starker Beifall unterbrochen, insbesondere an den Stellen, wo er mit Würde und Entschlossenheit die Aufgabe der Abrüstungskonferenz umriß und er sich gegen die Verfälschung des Abrüstungsgebäcks wandte.

Die Konferenz stand unter dem Eindruck einer wahrhaft staatsmännischen Rede, die für diese Versammlung ihre besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß sie von dem deutschen Regierungschef gehalten wurde. Man empfand es als einen Vortrag, daß hier kein Rüstungsfachmann in technischem Sinne sprach, sondern der für die Politik seines Landes verantwortliche Staatsmann, dem es nur auf die großen Gesichtspunkte ankam. Die Rede brachte ebenso entschieden die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit wie der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung und gleicher Sicherheit zum Ausdruck. Die Formulierung war in allen Punkten so auf das Genfer Milieu abgestimmt, daß der Eindruck einer feindlichen Polemik oder einer für den innerpolitischen Gebrauch bestimmten Propagandarede, als welche gewisse Genfer Kreise die Ausführungen des Reichskanzlers vorher anfändigen zu können glaubten, von vornherein ausgeschlossen war. Die Ablehnung der französischen Vorschläge wurde mit hinreichender Deutlichkeit ausgesprochen und auch von der Versammlung empfunden, wenn sie sich auch von den Taktlosigkeiten fern hielt, wie sie Tardieu bei seinem gestrigen Auftreten zur Unterstützung seiner Sache für notwendig gehalten hat.

Der allgemein günstige Eindruck der Rede löste sich am Schlus in überaus herzlichen Beifall aus.

Abschluß des Reichskanzlers

Genf, 9. Februar. Der Reichskanzler verließ heute nachmittag 5.37 Uhr in Begleitung Ministerialdirektor Beckins und Oberregierungsrat Lands Genf, Staatssekretär von Bülow bleibt wegen der Ratsverhandlungen noch einige Tage in Genf.

Französisches Echo

Paris, 9. Februar. „Journal des Débats“ behauptet, wenn man die Bedeutung der Kanzlerrede ermessen wolle, müsse man die zwei oder drei klaren Worte aus der Ueberfülle von Phrasologie herauslösen. Das Blatt macht dem Kanzler zum Vorwurf, daß er nicht die Annahme des § 8 der Völkerbundsauftragung, sondern die sofortige Revision des militärischen Teiles des Versailler Vertrages

Neue Zuspißung der Memelaffäre

Memel, 9. Februar. Am Montag erschien der vom Gouverneur zur Führung der Präsidentschaftsgesellschaft des Direktoriums beauftragte großdeutsche Landesrat Tollschus im Landtagsbüro, um mit dem Präsidenten des Landtages, von Drehler, über die Neubildung des Direktoriums zu verhandeln. Der Landtagspräsident lehnte die Verhandlungen ab, da Präsident Dötscher sein Amt nicht niedergelegt habe und deshalb nach den Bestimmungen des Statuts einer Neubildung keine Rechte sein könne. Auch sei die Ernennung des Tollschus statutwidrig. Als darauf Landesrat Tollschus dem Landtagspräsidenten sowie den übrigen Abgeordneten der Mehrheitsparteien Gelegenheit vorwarf, lehnte von Drehler jede weitere Rücksprache mit ihm ab und wies ihn zur Tür hinaus. Auch als Landesrat Tollschus noch einmal an der Tür des Präsidenten erschien, lehnte von Drehler es ab, mit ihm weiter zu verhandeln.

Protest Ostpreußens

Königsberg, 9. Februar. Die Vorsitzenden des Provinziallandtags und des Provinzialausschusses und der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen haben an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Das gewalttätige Vorgehen des Gouverneurs Merkhs gegen das Landesdirektorium bedeutet eine flagante Ver-

leugnung des Memelstatus, das dem alten deutschen Memelgebiet autonome Rechte zugesprochen hat. Namenlos der in den Provinzialräten vertretenen ostpreußischen Bevölkerung erheben wir stärksten Protest gegen diese neue Vergewaltigung deutscher Interessen und fordern unverzügliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des Rechtsgrundes.“

„Landesverrat“

Kowno, 9. Februar. Von amtlicher litauischer Seite wird zugegeben, daß gegen Landespräsident Dötscher ein Verfahren wegen Landesverrats vorbereitet wird. Bis zum Abschluß dieser Untersuchung wird Landespräsident Dötscher in Memel in seiner Wohnung interniert gehalten.

Litauisches Spiel mit dem Feuer

Memel, 9. Februar. Wie verlautet, planen die litauischen Jungschüler, die Schulen Sajunga, für den 11. Februar einen großen Aufmarsch in Memel. Zu diesem Zweck sind ihnen, wie es heißt, von Kowno aus Sonderzüge zur Verfügung gestellt worden. Wenn auch noch nicht mit Sicherheit feststeht, welcher Art die Veranstaltung sein soll, muß doch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß in jedem Falle eine erhebliche Verschärfung der Lage eintreten könnte und dieser Aufmarsch ein Spiel mit dem Feuer ist.

gesfordert habe. Das entspricht dem Lösungswort: Mit Verfaßtes gegen Verfaßtes! Wenn Deutschland jetzt seine These von der Gleichheit durchsetzt, würde die Offensive gegen die territoriale Organisierung Europas eine bedrohliche Wendung nehmen, und binnen kurzem würde die Kriegsgefahr ebenso furchtbar erscheinen wie 1914.

Der linksstehende „Soir“ sieht in dem Umstand, daß die amtlichen Thesen Frankreichs und Deutschlands nicht mit der Heftigkeit aufeinander stoßen, die die Nationalisten in beiden Ländern erwartet hatten, ein wesentliches und beruhigendes Zeichen.

Die italienische Presse gegen die französische Abrüstungsthese

Rom, 9. Februar. Die italienische Presse charakterisiert die bisherige allgemeine Aussprache auf der Abrüstungskonferenz als Beweis für die Übereinstimmung zwischen England, Amerika, Deutschland und Italien in den Hauptfragen und wendet sich gegen neue übertriebene Rechtskonstruktionen und Verpflichtungen, wie sie in den Vorschlägen Tardieu enthalten seien. — „Tribuna“ erklärt, Tardieu habe sich mit seinen Vorschlägen zur Schaffung eines Völkerbundsheeres vom Boden der Tatkraft entfernt. Sein Ziel sei, für alle Seiten den status quo aufrecht zu erhalten. Auf diesem Wege werde sich jedoch die Lösung des Abrüstungsproblems nicht finden lassen. — „Corriere della Sera“ spricht davon, daß Frankreichs Haltung den ganzen Kontinent beruhigend und eine Organisierung des Friedens verhindere. — Auch von den Genfer Korrespondenten der italienischen Blätter werden die Vorschläge Tardieu aufs Schärfste kritisiert.

Das Echo der Brünning-Rede in der Berliner Presse

Berlin, 9. Februar. Die Genfer Rede des Reichskanzlers wird in den meisten Abendblättern sehr eingehend besprochen.

Der „Abend“ nennt die Erklärungen Brünnings stark positivistisch. Sie seien so wichtig gewesen, daß selbst Groener sie auch nicht anders halten könnten.

Das „Tageblatt“ unterstreicht, daß der Kanzler mit seinem Wort von der Alternative der Wehrfreiheit gesprochen habe. Es sei anzunehmen, daß es ihm gelungen sei, wenigstens zur psychologischen Vorbereitung der notwendigen Atmosphäre des Vertrauens beizutragen.

Die „Rössische Zeitung“ spricht von einem großen moralischen und sachlichen Erfolg Brünning. Stelle man die deutsche Grundsicherung nach wirtschaftlicher Rüstung auf den Boden der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit mit den ernsten Warnungen vor einem Miserfolg zusammen, so könne ein Zweifel nicht austreten, daß Deutschland auch vor ernsten Konsequenzen nicht zurücktreten würde, wenn der Gang der Konferenz von dieser Basis fortfähre.

Der „Börsencourier“ nennt es bemerkenswert, daß der Kanzler auch diesmal auf die Notwendigkeit der Abschaffung der Reparationen und auf die Notwendigkeit großzügiger und entschlossener Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges hingewiesen hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont die hohe Qualität der Ausführungen des Kanzlers, verzerrt aber eine schärfere Zurkettlung des französischen Projektes. Man hätte eine direkte Antwort auf die provozierende Rede Tardieu erwarten und hoffen dürfen, daß der eigene deutsche Abrüstungsentwurf auf den Tisch des Hauses niedergelegt oder als unmittelbar bevorstehend angekündigt werde.

Auch der „Volkswagen“ bemängelt, daß verschieden in der Rede gefehlt habe. Der Eindruck sei zu akademisch gewesen. Wo sei das Wort von den Kriegsschulden nach den gestrigen neuen unerhörten Anschuldigungen Tardieu? Wo sei der deutsche Vorschlag, der jetzt schon bestimmt auf die Diskussion einwirke und verhindere, daß sie endgültig in das französische Hochwasser gerate?

Lehrlich äußert sich die „Börsenzeitung“. Deutschland habe mit der deutlichen Rede des Reichskanzlers nicht versucht, den Angriff Frankreichs unmittelbar ab-

zuwehren und mit einem ebenso stürmischen Gegenangriff zu beantworten. Brünning habe zwar auch eine Art von Offensive getätigt, aber in der Arena, in der um Theorien und Ideale gerungen werde.

Die „Deutsche Zeitung“ spricht sogar von einer „verbotenen Gelegenheit“.

Die „Kreuzzeitung“ nennt die Rede einen „Berater“ und bezeichnet sie als „verhängnisvolle Weichheit“.

1160 000 Einzeichnungen

für Hindenburg

Berlin, 9. Februar. Die dem Hindenburg-Klusus bisher gemeldeten Einzeichnungen beliefen sich heute abend insgesamt auf 1 160 000.

Nationalsozialistische Sonderkandidatur?

Berlin, 9. Februar. Die Erwartungen, daß in den Verhandlungen, die anlässlich des heutigen Eintreffens Hitlers in Berlin zur Teilnahme an einem SA-Appell Verhandlungen mit den Deutschnationalen und dem Stahlhelm stattfinden, eine Gemeinschaftskandidatur in der Bildungswirtschaftsfrage erreicht würde, scheinen sich nicht zu erfüllen; vielmehr verlautet jetzt ziemlich bestimmt, daß die Nationalsozialisten sich für eine eigene Kandidatur entscheiden werden. Im ersten Wahlgang soll Epp oder Frick und erst bei einer Stichwahl Hitler kandidieren.

Hitler über die Präsidentschaftsfrage

Berlin, 9. Februar. Adolf Hitler nahm am Dienstag abend im Sportpalast einen Appell der SA. Gau Berlin-Brandenburg ab. Er riefte eine lätere Ansprache an die SA, in der er auch die Reichspräsidentenwahl erwähnte. Er erklärte hierzu:

„Der Entschluß, der getroffen wird, wird zur richtigen Zeit getroffen und zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden. Ich weiß, daß in ganz Deutschland eine Millionen-Partei ausschreien wird über unseren Entschluß, und zwar ausschreien in Begeisterung. Wenn irgend eine Bewegung mit eiserner Ruhe der Entscheidung entgegenziehen kann, dann ist es die unsrige allein.“

Neue Bewilligung von Kleinsiedler- und Kleingartenstellen

Berlin, 9. Februar. In der Zeit vom 2. bis 8. Februar sind insgesamt 967 Kleinsiedlerstellen und 2355 Kleingartenstellen bewilligt worden. Bei den bewilligten Kleinsiedlerstellen steht das Land Sachsen an der Spitze. Auch in Württemberg und Baden sind die Arbeiten für die vorläufige Kleinsiedlung gut vorangeschritten. In der nächsten Zeit ist für das Ruhrgebiet mit einer größeren Zahl von Bewilligungsbescheiden für Kleingärten zu rechnen.

Die Sparmaßnahmen im Reichsverkehrsministerium

Berlin, 9. Februar. Über die bereits gemeldete Vereinfachung im Reichsverkehrsministerium erfahren wir, daß außer der Zusammenlegung der Abteilungen des Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für 1932 24 Köpfe Personal weniger erforderlich sind als der Haushalt 1931. Die daraus folgende Ersparnis im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums beträgt pro Jahr fortlaufend 185 000 RM.

Die Fahrtpreissenkung im Kraftdroschkgewerbe

Berlin, 9. Februar. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar für Preisüberwachung und dem Reichsverband für das deutsche Kraftdroschkgewerbe ergeben, daß eine generelle Regelung für ganz Deutschland unmöglich ist. Der Reichskommissar hat deshalb die obersten Landesbehörden ermächtigt, in den einzelnen Orten die Kraftdroschken tarife individuell neu zu regeln.

Wusung-Tore unter Trommelsauer

Shanghai, 9. Februar. Die Schiffsgeschütze einer bedeutenden Anzahl japanischer Kriegsschiffe legten heute die Wusung-Tore erneut unter Trommelsauer, in dessen Verlauf sich eine überaus heftige Explosion ereignete.

Da wir wollen wir in die Welt den Angriff

Anschlag

Trotzdem

Inouye

sagte, Opfer

ihm ab

Wege ins

Welt

Japan-Korea

gegen 267

Antrag auf

Par

wurde einge

Bibl. und

sollen um

ter bis zu

Scud

Neu

meldet wi

rung aufg

Annahme d

London

Abendstund

Stimmen

progenige

tritt. Die

form gebre

gen 78

durch die

Graf

wurden von

sprochen und

leute Deterdi

ersatzweise z

Stahlhelmsch

bruch zu 4

Einzelpu

gellagten

M

iedensbrü

schen Land

erkannt.